DAS GYMNASIUM
IN RHEINLAND-PFALZ
1/2018

Vertreterversammlung 2017

Lernen ist Beziehung

Das Gymnasium in Rheinland-Pfalz

ZEITSCHRIFT DES PHILOLOGENVERBANDES RHEINLAND-PFALZ

Zu diesem Heft
Jochen Ring 2

Lernen ist Beziehung
Cornelia Schwartz 3

Zwischen Arbeitsblatt und Bildschirm
Dr. phil. Matthias Burchardt, Universität zu Köln 6

Grußwort
Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig 13

Passt das humboldtsche Gymnasium noch in unsere Zeit?
Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes 17

Impressionen 18

IMPRESSUM

Das Gymnasium in Rheinland-Pfalz
Zeitschrift des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz

Philologenverband Rheinland-Pfalz
Fritz-Kohl-Straße 13 | 55122 Mainz
Tel.: 06131/38 43 10 | Fax: 06131/37 11 07
info@philologenverband.de
www.philologenverband.de

Redaktion:
Jochen Ring

Lektorat:
Ilona Rubis, Ralf Hoffmann

Titelfotos und übrige Fotos:
Carsten Costard und Jochen Ring

Satz & Layout:
Pädagogik & Hochschul Verlag | Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf | Tel.: 02 11 / 1 79 59 38 | heinemann@dphv-verlag.de

Druck:
Druckerei Adis GmbH | Budenheimer Weg 27
55262 Heidesheim | Tel.: 06132 / 95 20 20

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Jochen Ring
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

»Lernen ist Beziehung. Das Gymnasium in Rheinland-Pfalz« lautete das Motto der Vertreterversammlung des Philologenverbandes am 16. und 17. November 2017 in Budenheim bei Mainz. Alle zwei Jahre kommen Delegierte aus allen Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Studienseminaren für das Lehramt an Gymnasien und Kollegs aus ganz Rheinland-Pfalz zusammen, um über die Grundsätze der Verbandspolitik für die nächsten beiden Jahre zu entscheiden und einen neuen Vorstand zu wählen.

Es ist inzwischen eine gute Tradition, dass der Philologenverband während seiner Vertreterversammlung eine Festveranstaltung durchführt, an der auch die Ministerin sowie Repräsentanten aus der Bildungsverwaltung und dem öffentlichen Leben teilnehmen. In seinem Festvortrag zum Thema »Zwischen Arbeitsblatt und Bildschirm – Neue Lernkultur oder Kaspar-Hauser-Pädagogik?« präsentierte Dr. Matthias Burchardt von der Universität Köln humorvoll, kurzweilig und im Widerspruch zum pädagogischen Zeit- beziehungsweise Ungeist Thesen, in denen er auf eine Erneuerung des Humboldt'schen Bildungsgedankens zielte.

Auch die Ansprache der in ihrem Amt mit überwältigender Mehrheit bestätigten Landesvorsitzenden Cornelia Schwartz und die Grußworte von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig sowie des Ehrenvorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, haben wir in unsere Dokumentation gemäß der Manuskriptfassung aufgenommen.

Im Vergleich zu früheren Ausgaben haben wir den Umfang dieser Dokumentation erheblich gekürzt. Mit diesem Schritt wollen wir insbesondere den veränderten Lesegewohnheiten auch unserer Mitglieder Rechnung tragen. Wenn Sie sich für die Tätigkeitsberichte der Verbandsvorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden und der ebenfalls im Geschäftsführenden Vorstand vertretenen Referentinnen und Referenten interessieren, wenden Sie sich bitte an Ihre Schulvertreterin respektive Schulvertreter oder aber an unsere Geschäftsstelle. Ich bin mir sicher, dass Sie mir in den Gesprächen der nächsten Wochen und Monate mitteilen werden, ob die von uns getroffene Auswahl an Beiträgen für Sie attraktiv ist beziehungsweise welche Art der Dokumentation der Vertreterversammlung Sie für die Zukunft favorisieren.

Wir wünschen ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Jochen Ring

Lernen ist Beziehung

Ansprache der alten und neuen Landesvorsitzenden, Cornelia Schwartz, zum Festakt der Vertreterversammlung 2017

Cornelia Schwartz
Landesvorsitzende

Lernen ist Beziehung – dieser Satz steht als Motto über unserer Veranstaltung heute.

Dr. Matthias Burchardt führt uns in zahlreichen Veröffentlichungen und Vorträgen immer wieder vor Augen, wie wichtig – vielleicht neben einem gelegentlichen Arbeitsblatt oder einem wohldosierten Computereinsatz – das Lernen im Klassenverband ist, ein Lernen gemeinsam mit dem Lehrer, denn Lernen kann nur aus einer Beziehung heraus entstehen. Als Philologenverband möchten wir optimale Lernbedingungen für unsere Schülerinnen und Schüler,

- keine maximal differenzierten Arbeitsblätter
- keine freud- und fruchtlose Rund-um-die-Uhr-Einzelhaft für Schüler am Computer.

Wir möchten uns nicht auf den Moderator oder Lernbegleiter reduzieren lassen, sondern unseren Beruf als Lehrer weiterhin begeistert ausüben. Das geht aber nur in einem Schulsystem mit einer Vielfalt an Schularten. Schon jetzt können wir oft nicht allen Schülerinnen und Schülern einer Klasse gerecht werden.

Das gegliederte Schulsystem ist mittlerweile an vielen Stellen aufgeweicht und die Leistungsunterschiede innerhalb einer Klasse sind zu groß, um sinnvoll ALLE gleichzeitig zu unterrichten. Deswegen müssen sich die Schulen bzw. die Schularten endlich wieder spezialisieren dürfen. Gelegentlich wird ein »Zweisäulensystem« gefordert, das nur noch Integrierte Gesamtschule und Gymnasium kennt, oder ein System, in dem jede Schule zum Abitur führt.

Ein solches System würde eine weitere Nivellierung bewirken. Es würde auf jeden Fall hinter dem Anspruch zurückbleiben, Schülerinnen und Schüler optimal auch in ihrer Unterschiedlichkeit zu fördern.

Soziale Gerechtigkeit

Von der Idee her soll ein reines Gemeinschaftsschulsystem soziale Gerechtigkeit herstellen, weil dort alle gemeinsam lernen. Ein Blick in andere Länder, zum Beispiel nach Amerika, zeigt: Das Gegenteil ist der Fall – ein reines Gemeinschaftsschulsystem fördert die soziale Ungerechtigkeit.

Wer es sich leisten kann, sucht für seine Kinder etwas Besseres, und so sprießen neben Gemeinschaftsschulen teure und exklusive Privatschulen aus dem Boden. Diese soziale Ungerechtigkeit wollen wir hier nicht! Deswegen halten wir ein differenziertes Schulsystem – allen anderen Bestrebungen zum Trotz – für notwendig: Nicht eine Schule für alle oder ein Lehrer für alle, sondern für jedes Kind die richtige Schule, den Lehrer, der das Kind optimal fördern kann – weil jedes Kind, so wie es ist, wertvoll ist. Auch dann, wenn es nicht aufs Gymnasium geht, auch dann, wenn es nicht das Abitur macht – gerade auch dann, wenn es seinen Weg in den Beruf zum Beispiel über die Realschulen plus oder die BBSen macht. Was nützen mir die wohlklingendsten amerikanischen Abschlüsse, wenn ich unterm Strich trotzdem nur schlecht qualifiziert bin? Unsere Schulen ermöglichen jedem Kind ein gutes Leben. So geht soziale Gerechtigkeit. Das müssen wir uns bewahren!

Inklusion mit Augenmaß

Eltern haben mittlerweile die freie Wahl zwischen Förder- und Regelschule. Viele Eltern gehen verantwortlich damit um und erwarten nicht das Unmögliche. Uns erreichen aber auch Berichte aus Integrierten Gesamtschulen, die uns erschüttern: Lehrkräfte und Schulleitungen sagen uns hinter vorgehaltener Hand, dass gute und vor allem mittlere Schüler oft auf der Strecke bleiben, weil man mittlerweile alle Hände voll damit zu tun hat, Kinder mit Beeinträchtigungen zu inkludieren, die fast die komplette Aufmerksamkeit während der Stunde binden. Individuelle Förderung bedeutet dann, dass man fast die ganze Stunde damit beschäftigt ist, sich um einige wenige Kinder der Klasse zu kümmern, während man die übrigen mit Arbeitsblättern ruhigstellt. Neurologen und Psychiater berichten aus ihrer Praxis, zum Beispiel Dr. Burkhard Voß in seinem Buch »Albtraum Grenzenlosigkeit«,

- von Inklusion, die scheitert, weil sie auf die Spitze getrieben wird

- von Lehrern, die darüber krank werden, weil sie keinen Sinn mehr in einer Arbeit sehen, bei der sie keinem mehr gerecht werden können.

Damit ist niemandem geholfen. Bedenklich sind Tendenzen einzelner politischer Gruppierungen, das »Parallelsystem« Förderschule komplett abzuschaffen. Zu Unrecht beruft man sich hierbei auf die UN-Behindertenrechtskonvention, die ja gerade besondere Hilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen ausdrücklich begrüßt.

Nicht nur Psychologen, Neurologen, Psychiater und Philosophen fordern die Beibehaltung der Förderschule; auch die politische Ebene erkennt die Problematik. Ich zitiere, was die derzeitige Präsidentin der Kultusministerkonferenz zum Thema Inklusion sagt:

»Es geht nicht um Quantität, sondern um Qualität. Deshalb ist es kein Erfolg für sich, wenn 100 Prozent der Kinder inklusiv beschult werden. Das einzelne Kind muss leistungsmäßig und sozial mitkommen, sonst ist es frustriert. Wir werden auch künftig Förderschulen brauchen. Das sehen auch die meisten Eltern so – weil an diesen Schulen individuelle Förderung besonders gut gelingt.« Sehr geehrte Frau Ministerin, ich vermute, wir sind uns in diesem Punkt gar nicht uneinig – allerdings ist der Druck auf die Politik enorm. Wir möchten Ihnen hier Mut machen, mit Vernunft und Augenmaß zu handeln.

Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen durch Totschlagargumente von radikalen Befürwortern der Inklusion, die allesamt nicht mehr unterrichten oder noch nie selbst unterrichtet haben.

Nur ein vielfältiges gegliedertes Schulsystem kann jedem Schüler, jeder Schülerin gerecht werden!

Zurück zu einem zweijährigen Referendariat!

Eine Bemerkung zum Gymnasialreferendariat in einem gegliederten Schulsystem: 18 Monate mögen für andere Schularten genügen – für angehende Gymnasiallehrer genügen sie nicht.

Der Vergleich mit früher, als man kurzzeitig auch auf 18 Monate ging, trägt nicht mehr: Zu viele Inhalte und Medien sind neu hinzugekommen. Der Vergleich mit anderen Bundesländern ist völlig abwegig. Schlechtes muss man nicht nachahmen. Rheinland-Pfalz ist zum Beispiel auch sehr gut damit gefahren, nicht flächendeckend G8 einzuführen. Fehler kann man getrost anderen überlassen. Selbst machen muss man sie nicht!

Die Argumente für 24 Monate sind längst ausgetauscht und bleiben nach wie vor unwiderlegt – ich glaube sogar, wir haben argumentativ längst alle Seiten überzeugt. Des-

wegen: Handeln Sie jetzt, Frau Ministerin, und kehren Sie zu 24 Monaten Gymnasialreferendariat zurück!

Kerngeschäft Unterricht

Eine zweite bildungspolitische Forderung hat unseren Wahlkampf vor den Personalratswahlen im Frühjahr bestimmt: Wir wollen uns endlich wieder auf unser Kerngeschäft konzentrieren! Unser Kerngeschäft ist der Unterricht. Das klingt banal, ist es aber nicht: Wir werden zugeschüttet mit anderen Aufgaben. Ein Beispiel: Selbstverständlich beraten wir unsere Schülerinnen und Schüler gerne, und wir erläutern auf Elternabenden, was im Unterricht ansteht. Absurd wird es aber, wenn Folgendes schriftlich festgelegt werden soll: Die Lehrkraft »erläutert bei Bedarf die didaktische und methodische Konzeption des Unterrichts sowie die ihm zugrundeliegenden Bestimmungen.« Solche Sätze schnüren einem gewissenhaften Lehrer die Luft zum Atmen ab. Oft genug wären wir dann damit beschäftigt, dem – wenn auch hoffentlich geringen – Prozentsatz an Helikopter-Eltern mündlich oder per E-Mail Rechenschaft über die eigene Stundenkonzeption zum Beispiel im Mathematikunterricht zu liefern,

- möglichst noch aufgeschlüsselt nach den Kompetenzbereichen K 1 bis K 6,
- den fachspezifischen Leitideen L1 bis L5
- und den überfachlichen Anforderungsbereichen I bis III.

Wozu soll das gut sein? Wird dadurch Unterricht besser?

Ein Weniger an Gängelei und ein größeres Zutrauen in die Lehrkräfte von Seiten des Ministeriums und der Verwaltung wäre hilfreich. Eine neue Dienstordnung täte wohl daran zu betonen, dass die Konzentration auf den Unterricht die vornehmste und eigentliche Aufgabe des Lehrers ist – und nicht die nachträgliche Rechtfertigung.

Warum wird Bildungspolitik beim Philologenverband großgeschrieben?

Berufsverbände treten doch eigentlich eher für die Interessen der Arbeitnehmer ein.

Für uns als Philologenverband gehört es dazu,

- dass wir unsere Arbeit in der Schule als gut und sinnvoll erleben können,
- dass wir Schülerinnen und Schülern etwas beibringen können,
- sie nicht nur verwahren.

Glaubt man als Arbeitnehmer, als Lehrer nicht an die Sinnhaftigkeit der eigenen Arbeit, lässt das Engagement dramatisch nach. Weil wir mit unserer Arbeit zufrieden sein wollen, setzen wir uns dafür ein, Bildungspolitik sinnvoll mitzugestalten. Natürlich schreiben wir im Philologenverband neben der Bildungspolitik aber auch die Berufspolitik groß. Arbeitsbedingungen sind wichtig. Nur gesunde und engagierte Lehrer können Unterricht so gestalten, dass es auch den Schülerinnen und Schülern gut geht und sie etwas lernen können. Deswegen fordern wir:

1. genügend Planstellen für Gymnasiallehrkräfte, auch an ihrer Wunschschulart, ob Gymnasium oder IGS, denn gerade dort, wo man gerne arbeitet, kann man auch überzeugen. Planstellen für Gymnasiallehrkräfte an Integrierten Gesamtschulen brauchen wir dabei nicht nur zur Abdeckung des Oberstufenunterrichts, sondern gerade auch für den Unterricht in der Orientierungs- und Mittelstufe. Das gymnasiale Niveau muss bereits von der Orientierungsstufe an vertreten sein.
2. Wir brauchen auch eine finanzielle Anerkennung hervorragender Arbeit. Für Gymnasiallehrkräfte wollen wir die Regelbeförderung nach A14: A14 ist das Amt, das der Qualifikation und Tätigkeit einer Gymnasiallehrkraft entspricht. Und – das sei nebenbei bemerkt – in A14 (wie auch in den übrigen Stufen) sollte drinstecken, was draufsteht! Die Besoldungstabelle sollte also an die anderer Bundesländer angepasst werden.
3. Wir brauchen, um unserem Kerngeschäft Unterricht gerecht werden zu können, mehr Entlastung. Auch für Gymnasiallehrkräfte gelten gewisse Grenzen der Arbeitszeit. Wir sind gespannt auf die Studie des Deutschen Philologenverbandes zur Arbeitszeit, Belastung und Gesundheit für Gymnasiallehrkräfte, an der wir als Rheinland-Pfälzer uns beteiligen. Als Sofortmaßnahme zur Entlastung von Gymnasiallehrkräften fordern wir unbedingt die Streichung der Abitur-Vorhaltestunde. Es ist unerträglich, dass man quasi bestraft wird dafür, dass man einen Kurs ins Abitur führt, und dass uns für jeden Kurs in der 13. Jahrgangsstufe auch noch zusätzliche Stunden ins Deputat gerechnet werden! Mit der ganzen Unterrichtsvorbereitung, der Konzeption des Abiturs entlang der vielen Regelungen und Vorschriften, mit der Vorbereitung der Kursarbeiten in Jahrgangsstufe 13, der Korrektur des Schriftlichen Abiturs und der Konzeption des Mündlichen Abiturs leisten wir sowieso schon weit mehr, als uns in den Wochen nach dem Weggang der Abiturienten bis Schuljahresende wegfällt. Unsere tatsächliche Arbeitszeit ist auch ohne Abitur-Vorhaltestunde schon wesentlich höher als die normale Arbeitszeit. Dies ist eine himmelschreiende Ungerechtigkeit! Und sie wird durch frech in der Presse vorgetragene Äußerungen aus anderen Schularten ohne Abitur noch einmal verschlimmert.

Konfrontation mit der Realität

Frau Ministerin, aus Geschichten und Erzählungen kennen wir das immer wiederkehrende Motiv des Kalifen, der sich unerkannt unters Volk mischt, um herauszufinden, was das Volk denkt, weil er ahnt, dass er – gut abgeschirmt von seiner Leibwache – nicht alles erfährt. Sie haben das als Ministerin heute getan, wenn auch nicht inkognito, indem Sie zu uns gekommen sind und uns zugehört haben. Als Philologenverband können wir Ihnen die andere Seite widerspiegeln, die Seite, die Sie selbst bei Besuchen an den Schulen vor Ort vielleicht weniger zu sehen bekommen.

Beim Schulbesuch der Ministerin soll doch möglichst alles glänzen; das, was schiefläuft, womit man nicht glänzen kann, bleibt möglichst außer Sichtweite. Hier beim Philologenverband bekommen Sie die andere Seite, die positiven Dinge, aber auch die negativen, ganz einfach, ungeschminkt.

Wir sind stolz darauf, ein Verband von Praktikern zu sein, wir und auch ich, sind weiterhin Lehrer

- mit eigenem Unterricht
- in eigenen Lerngruppen
- mit echten Schülerinnen und Schülern.

Deswegen nimmt man das, was wir sagen, ernst.

Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie sich die Zeit nehmen, um mit uns ins Gespräch zu kommen.

Wir sind gespannt auf Ihr Grußwort und haben natürlich große Hoffnungen.

Zwischen Arbeitsblatt und Bildschirm

Neue Lernkultur oder Kaspar-Hauser-Pädagogik?

Dr. phil. Matthias Burchardt, Universität zu Köln

Horizont und Maßstab aller pädagogischen und bildungspolitischen Diskussionen bildet die Frage nach dem Menschen. Wenn wir Bedingungen, Modelle oder Ziele pädagogischen Handelns diskutieren, ist in jedem Fall – explizit oder dunkel mitschwingend – ein Menschenbild vorausgesetzt. Es macht nämlich einen erheblichen Unterschied, ob ich den Menschen als ein zur Freiheit befähigtes Geschöpf auffasse oder als reines Produkt von sozialen Einflüssen, ob ich dem Humanismus folge oder einem ökonomischen Humankapital-Modell. Insofern möchte ich zu Beginn meine Grundannahmen skizzenhaft kenntlich machen, gerade weil sie nicht im Wortsinne meine Überzeugungen sind, sondern prägende kulturelle Errungenschaften, wie sie in die Formulierung der Menschenrechte, das deutsche Grundgesetz und in die Landesverfassungen eingegangen sind. Die Wurzeln der griechischen und römischen Antike, des Christentums, des Humanismus und der Aufklärung waren für einen nicht unbeträchtlichen Zeitraum unsere Fundamente des politischen und kulturellen Lebens. Gewiss darf diese Reihung nicht über Spannungen und Differenzen hinwegtäuschen, gleichwohl aber sind dies Folien, vor deren Hintergrund etwa die Gedanken der Person, der Würde, der Individualität, der Subjektivität und Sozialität des Menschen formuliert wurden. Alle Kontroversen spielten lange auf dem tragenden Boden dieser Konzeptionen. Insbesondere der Gedanke der Aufklärung, wie er etwa bei Kant formuliert wurde, bildete ein starkes pädagogisches Motiv:

»Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. [...] Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen [...] gerne zeitlebens unmündig bleibt; und warum es anderen so leicht wird, sich zu deren Vormündern aufzuwerfen.«[1]

Mündigkeit hat pädagogische Autorität zur Voraussetzung

Die Vernunftfähigkeit des Menschen ist jedoch eine ambivalente Auszeichnung: Sie ermächtigt uns zur Selbstbestimmung und verpflichtet uns zugleich dazu. Faulheit und Feigheit legen uns nahe, darauf zu verzichten, zu mündigen Subjekten zu werden, so dass sich mit Leichtigkeit Instanzen und Akteure finden, die uns die Last des Selbst-Denkens abnehmen. Selbstverständlich nicht zu unserem Vorteil. Kant denkt an kirchliche, politische oder wissenschaftliche Autoritäten, denen wir ebenso bequem wie furchtsam folgen. Es ist die Bildung, die nicht nur der Vernunft zu Wissen und Horizonten verhilft, Selbsterkenntnis und Urteilskraft schult, sondern auch Disziplin (vs. Faulheit) und Haltung (vs. Feigheit) grundlegt. Ein mündiger Umgang mit Freiheit in diesem Sinne muss allerdings erst pädagogisch kultiviert werden und zwar durch ihrerseits gebildete Pädagogen.

Dies geschieht im Rahmen der überzeitlich gültigen Grundkonstellation des Generationenverhältnisses. Es ist eine ebenso schlichte wie folgenreiche Tatsache, dass Menschen unreif geboren und erst zur Mündigkeit geführt werden müssen. Dies ist die undelegierbare Aufgabe der älteren Generation. Pädagogische Beziehungen sind insofern prinzipiell asymmetrisch, aber verfolgen das Ziel der zukünftigen Gleichheit. Damit – und allein damit – ist auch pädagogische Autorität und die Rolle des Lehrers gerechtfertigt: durch den Vorsprung an Wissen, Können und verantwortlicher Freiheitspraxis und durch die Ausrichtung auf die eigene Aufhebung.

Schule integriert Ausbildung und allgemeine Menschenbildung

In einem gegliederten Schulwesen ist der Zweck der allgemeinen Menschenbildung für alle Schulformen verbindlich, wenngleich er sich einmal im Medium der beruflichen Bildung und einmal in der Hochschulreife realisiert. Der Handwerker ist in einem ganz grundsätzlichen Sinne nicht weniger Mensch und nicht weniger gebildet als der Hochschullehrer. Der Ruf nach höheren Akademisierungsquoten als Mittel der sozialen Gerechtigkeit diffamiert diejenigen, denen hier angeblich geholfen werden soll.

Der Zweck des Gymnasiums liegt also in der Persönlichkeitsbildung und der Wissenschaftspropädeutik. Beides ist in einem Bildungsbogen von der fünften Klasse bis zum

Abitur angelegt. Leitende Prinzipien sind Fachlichkeit, Methodizität und Personalität. Eine gebildete Lehrerpersönlichkeit vermittelt nicht nur Wissen und Können, sondern reflektiert auch die Bedingungen, unter denen beides entsteht. Sie stellt die wesentlichen Kulturgehalte des Faches in einen historischen Zusammenhang und betrachtet diese immer auch in Hinblick auf Wertfragen. Die ideale Lehrform der Schule ist der Unterricht als geteilte und gemeinschaftliche Sacherschließung und Selbstwerdung in einer Klassengemeinschaft unter der Verantwortung des akademisch gebildeten Lehrers. Seine Tätigkeit hat den Charakter eines pädagogischen Handelns zwischen Personen. Dies ist kategorisch von einem sozialtechnologischen Bewirken oder Herstellen von Bildung zu unterscheiden. ‚Herstellen' beschreibt unseren Umgang mit Dingen, die wir nach unseren Zwecken aus beliebigen Rohmaterialien produzieren. Das Ziel der Schulbildung aber ist kein Werkstück, sondern der mündige Mensch, dessen Würde und Freiheit vorausgesetzt und angestrebt werden. Ohne die Selbsttätigkeit der Schüler kann Bildung nicht gelingen. Anleitung aber ist nicht das Gegenteil, sondern die Ermöglichung von Selbsttätigkeit. Selbst im bösesten Frontalunterricht wird an diese appelliert: Erklären wendet sich an Verstehen, Lehren an Lernen. Wer still sitzt und aufmerksam zuhört, schafft die Voraussetzungen zu innerer Aktivität, zur komplexen anschaulichen Vergegenwärtigung und intellektuellen Durchdringung einer Sache, an der sich Welt und Menschsein erschließen. Pädagogische Könnerschaft wird in Abhängigkeit von Stoff, Thematisierungshinsicht und Klasse angemessene Methoden, Medien und Sozialformen für den Unterricht auswählen.

Dies sind grob skizziert Aufgaben und Ansprüche gymnasialer Bildung. Zurückzuweisen wären Überlagerungen dieses Auftrags durch politische oder ideologische Indienstnahmen. Die politische Diskussion konstruiert Schulen mitunter eher als Betreuungsstätten, Gastronomiebetriebe, Kompensatorium für gescheiterte Sozialpolitik, Zertifikatsdiscounter oder Ideologisierungsagenturen denn als Bildungsstätten.

Ideologisierungen unterlaufen den Zweck von Schule

Damit aber ist ein wesentlicher Punkt der Bildungspolitik berührt: Die Verzweckung und Überfrachtung von Schulen mit bildungsfernen Programmen. Es zeichnet sich hier in den letzten Jahrzehnten ein paradoxes Grundmuster ab, das notwendigerweise durchbrochen werden muss, wenn Bildung, Kultur, Demokratie und Wirtschaft eine gute Zukunft haben sollen. Es handelt sich um das Muster einer »selfdestroying prophecy«: Ein wünschenswertes Ziel wird zum pädagogischen Instrument gemacht, was dazu führt, dass nicht nur dieses Ziel verfehlt wird, sondern auch die Bildungskraft von Schule so geschwächt wird, dass deren inhärente Kernaufgaben kaum noch zu erfüllen sind:

1. Inklusion: Alle befürworten die Emanzipation von Menschen mit Behinderungen. Zu fragen wäre aber, ob denn die Regelbeschulung für alle – prinzipiell und gar unter den gegebenen Mangelbedingungen – dieses Ziel besser erreichen kann als es ein durchlässiges Förderschulwesen leistet. Was wäre, wenn Inklusionskinder letztlich weniger emanzipiert wären?
2. Wirtschaftlicher Erfolg: Wer hätte etwas dagegen, durch Schulbildung dazu beizutragen, solange die allgemeine Menschenbildung nicht darunter leidet? Interessant ist der perverse Effekt, dass gerade die Ökonomisierung von Bildung dazu geführt hat, dass die Unternehmen und Betriebe sich die Humboldt'sche Bildung zurückwünschen, weil es an Wissen und Fertigkeiten, an Ausbildungsreife und Persönlichkeitsentwicklung mangelt. Was wäre, wenn die Ökonomisierung der Bildung der Wirtschaft schadet?
3. Sozialpolitik: Soziale Gerechtigkeit und politische Gleichheit sind notwendige Ansprüche an jegliches demokratische Gemeinwesen. Aber ist dies tatsächlich auf dem Wege einer Aufhebung des gegliederten Schulwesens zu erreichen? Zeigen nicht gerade Erfahrungen integrierter Modelle, dass die soziale Selektion hier ebenso, wenn nicht viel härter greift. Es ist ein häufiger Zu-

fall, dass ausgerechnet die Kinder der integrierte Schulformen befürwortenden Politiker exklusive Privatschulen besuchen.

4. Mündigkeit: Ziel der Bildung ist selbstverständlich, dass Schüler selbständig werden. Doch das Lernen von Selbständigkeit und selbstgesteuertes Lernen sind zweierlei. Was wäre, wenn die neuen Lernformen Schüler überfordern und sie am Ende weniger selbständig sind als durch lehrergeleiteten Unterricht?
5. Individualisierung: Individualität ist eine wesentliche Entdeckung der humanistischen Moderne, aber sie ist immer auch im Hinblick auf Gemeinschaft formuliert. Bei Humboldt sind die Ideen der Menschheit und der Individualität im Bildungskonzept systematisch aufeinander bezogen. Schleiermacher verdeutlicht am Beispiel der Salonkultur, dass ich mich erst im Gespräch mit dem Anderen zum Individuum bilden kann, da seine ‚Eigentümlichkeit' mich dazu anregt, meine Individualität zu entdecken und auszubilden. D.h. die isolierende Individualisierung in der Schule verhindert gerade die Bildung des Menschen zum Individuum, wenn der Bildungsraum der Gemeinschaft und die Beziehung zum lebendigen ‚Du', wie Martin Buber es auffasst, unterbunden oder bloß funktionalistisch ausgebeutet wird – etwa im sogenannten ‚kooperativen Lernen' nach Norm Green.

Die Reihe der ideologisierenden Zweck-Mittel-Perversionen ließe sich beliebig fortsetzen. So ließe sich auch das lautgetreue Schreiben anführen, das frühe Selbständigkeit feiert – um den Preis einer späteren Einbuße sprachlicher Artikulationssicherheit, die letztlich zu Unmündigkeit führt. Im Folgenden soll die ‚Neue Lernkultur' in den Blick genommen werden, die in vielfacher Hinsicht nach diesem Schema funktioniert: Das Programm wird mit emanzipatorischem Pathos aufgeladen und durch die vorgeblich edlen Absichten vor Kritik immunisiert. Zugleich werden seine pädagogische Wirkung oder Wirkungslosigkeit der Überprüfung entzogen bzw. Argumente und Studien ignoriert. Völlig aus dem Blick geraten die Kollateralschäden und Verluste, die durch die kreative Zerstörung der bewährten und erfolgreichen ‚alten Lernkultur' entstehen, also Unterricht unter der kundigen Leitung einer fachlich und methodisch versierten und persönlich gebildeten Lehrkraft.

Leidensdruck und Heilsversprechen: Heterogenifizierung und kindheitsromantische Verklärungen als Mittel zur Durchsetzung der Neuen Lernkultur

Die Aufhebung verbindlicher Grundschulempfehlungen führte im Zuge der medial inszenierten Akademisierungshysterie zu einem Kannibalisierungswettbewerb zwischen den Schulformen mit dem Ergebnis einer unmittelbaren Entwertung der unteren und mittleren Bildungsabschlüsse sowie der dualen Ausbildung, aber auch einer Heterogenifizierung der Gruppen von Schülern, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, was mittelfristig zur Entwertung dieser Abschlüsse führt. Heterogenität ist ein vielbemühtes und kaum bedachtes Zauberwort, das durch Lehrerfortbildungen und Legitimationsdiskurse geistert. Zur Klärung des Begriffs sollen deshalb zunächst einige Unterscheidungen angeführt werden. Wesentlich erscheint mir, dass hier soziologische und pädagogische Kategorien ineinanderfließen. Soziologisch bezeichnet Heterogenität die Unterschiede von Kultur, Religion, Herkunft, Geschlecht, Schicht usf. Diese Deutung der Heterogenität enthält fruchtbare pädagogische und sozialpolitische Momente. Die Errungenschaft der Schulpflicht bringt es mit sich, dass sich Kinder aus verschiedenen Milieus gezwungenermaßen begegnen und sich kennen- und verstehen lernen müssen. Hier leistet das öffentliche Schulwesen einen bedeutsamen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, der durch Homeschooling, Freilerner oder teure Privatschulen nicht erbracht werden kann. Positiv ist neben der sozialen Funktion auch die pädagogische Bereicherung des Unterrichts durch die Mannigfaltigkeit der eingebrachten Perspektiven auf den gemeinsamen Gegenstand und die geteilten Bildungsziele. Doch so produktiv die soziologische Heterogenität für Bildung und Unterricht ist, so destruktiv ist die Spreizung der Leistungfähigkeit und –bereitschaft unter den Schülern, wie sie durch die Heterogenifizierung herbeigeführt wurde. Letztlich wird nicht nur Unterricht unmöglich, sondern jeglicher Versuch, auch nur irgendeinem Kind gerecht zu werden. Die Überforderung der Lehrer ist also vorprogrammiert, wenn nicht sogar erwünscht, denn nun erscheinen die Neue Lernkultur und auch die Digitalisierung als Patentlösungen für das politisch zuvor selbst erzeugte Problem.

Die Lehrerpersönlichkeit soll abgelöst werden durch soziale Steuerungsprozeduren, Laufzettel, Arbeitsblätter, Lernsoftware und ‚learning analytics'. Damit kehrt ein technokratisch-ökonomistischer Ungeist in die Schulen ein. Da Eltern und Lehrer dies vermutlich ablehnen würden, werden die Reformen durch eine romantisierende Verklärung des Kindes bemäntelt. Der Schweizer Bildungsunternehmer Peter Fratton etwa reist im Auftrag von interessierten Stiftungen und politischen Parteien durch Baden-Württemberg, um die Neue Lernkultur zu propagieren. In gezielter Provokation formulierte er Urbitten des Kindes, um es angeblichen vor pädagogischen Repressionen traditionellen Unterrichts zu schützen: »Bringe mir nichts bei«, »Erkläre

mir nichts«, »Erziehe mich nicht«, »Motiviere mich nicht«! Jegliche Formen pädagogischer Zuwendung, die traditionell als notwendige Bedingungen zur Erlangung von Mündigkeit gelten (siehe oben), werden dadurch kriminalisiert. Das Kind wird zum alleinigen Träger seiner Bildung, pädagogische Zuwendung unter Generalverdacht gestellt. Nach dem Modell einer biologischen Wachstumsmetaphorik geht es um eine selbsttätige Entfaltung in Auseinandersetzung mit der (Lern-)Umwelt. Dass damit auch Humanität in Frage gestellt wird, ist den Vertretern dieses ökologischen Ansatzes gar nicht klar: Bildung ist stets eine Kulturleistung. Es ist die Zivilisation, die Schutzräume für Schwache schafft und in personalen Beziehungen die Heranwachsenden zur Mündigkeit führt. Die Neue Lernkultur ist zugespitzt betrachtet eine Kaspar-Hauser-Pädagogik und mündet in die kaum verhohlene Produktion von hospitalisierten Wolfskindern. In der Natur gilt das Recht des Stärkeren. Vielleicht ist dies der heimliche Lehrplan der Neuen Lernkultur: Wer sich durch das Gestrüpp der Lernumgebungen geschlagen hat, ist auch dem gnadenlosen Wettbewerb der globalen Märkte gewachsen.

Neu ist besser!? Uneingelöste Versprechen der Neuen Lernkultur

1. Lernbegleiter sind besser als Lehrer.
2. Selbstgesteuertes Lernen ist besser als Unterricht.
3. Leistungsmischung ist besser als äußere Differenzierung.
4. Neue Lernkultur hebt soziale Ungleichheit auf.
5. Neue Lernkultur bringt bessere Lernergebnisse.

Mal ganz abgesehen davon, dass der Maßstab für besser oder schlechter wohlweislich ungenannt bleibt und damit vor Überprüfbarkeit verschont, kommen selbst die Studien der Befürworter nicht umhin, die Probleme, wenn nicht das Scheitern des Projekts einzugestehen. Das Vorgutachten zum Projekt *WissGem*, also der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Einführung der Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg, beschreibt die Zustände an der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen, einem finanziell privilegierten Modell mit einem engagierten Kollegium, das die Gemeinschaftsschule zum ‚Gelingen' führen wollte. Die angeführten Mängel sollen hier ausdrücklich nicht den zu Lernbegleitern umerzogenen Lehrern angelastet werden, sondern als prinzipielle Schwächen des Konzepts verstanden werden, die absehbar und notwendigerweise zu Problemen führen müssen. So beklagt man Unruhe in der Lerngruppe; »die aktive Lernzeit der Schülerinnen und Schüler [ist] sehr gering und in diesem Fall häufig auch das Ausmaß an Störungen entsprechend hoch.« Zurückgeführt wird dies auf schlechtes Classroom-Management. Dabei sollte doch klar sein, dass in offenen, selbstorganisierten Lernformen, die auch die räumliche Begrenzung des

Klassenzimmers aufheben, eine Gewährleistung einer ruhigen Arbeitsatmosphäre durch die Lehrkraft nicht mehr möglich ist. So entsteht eine neue Binnendiskriminierung: »Das Lernverhalten der Schülerinnen und Schüler unterscheidet sich deutlich: Während ein Teil der Schülerinnen und Schüler bestrebt ist (selbst mit bestehender Unruhe und unter Umständen auch fehlender Klarheit), die ausgewiesenen Arbeitsaufträge zu erfüllen und einen Lernfortschritt zu erzielen, mangelt es anderen an der nötigen selbstregulativen Kompetenz – sei es im Hinblick auf die Einhaltung eingeführter Regeln und Umgangsformen oder aber bezüglich der eigenen Arbeitsorganisation und -überwachung.«

Hier wird deutlich, dass Kinder, die nicht schon vom Elternhaus her die nötigen Fähigkeiten mitbringen, zu Verlierern werden, weil sie mit der Selbststeuerung überfordert sind, wodurch dann ein undisziplinierter Grundrauschen entsteht, unter dem letztlich alle leiden. Die Aufkündigung der pädagogischen Lehrer-Schüler-Beziehung raubt diesen Schülern die Chance auf Bildung und Persönlichkeitsentwicklung, obwohl sie nicht weniger begabt oder motiviert sein müssen.

Das selbstgesteuerte Abarbeiten von Lernpaketen und die weitgehende Unterbindung der pädagogischen Beziehung (abgesehen von Verfahrensanleitungen oder Coachinggesprächen) bringt schließlich auch den Sachanspruch des Lerngegenstandes zum Verschwinden:

»Den Begleitforscherinnen fiel auf, dass die hier zur Anwendung kommenden Beurteilungskriterien [in Bezug auf die Schülerleistungen in den Lernpaketen, M.B.] sich häufig an Oberflächenmerkmalen ausrichteten (zum Beispiel Vollständigkeit, Seitenzahlen, Deckblattgestaltung, formale Richtigkeit in Orthografie, Grammatik und Interpunktion) und die inhaltliche Qualität der Schülerarbeiten hintenangestellt wurde. Nach Durchsicht bereits bewerteter Lernpakete zeigte sich überdies, dass häufig trotz zahlreicher Fehler und Mängel nahezu keine Korrekturzeichen vorzufinden waren. Offensichtliche Mängel – seien diese inhaltlicher oder formaler Art – blieben für die Schülerinnen und Schüler auf diese Weise unerkannt.«

Der Aufwand zur Produktion und Korrektur der Lernpakete in verschiedenen Leistungsniveaus ist selbst von den engagierten Kollegen in Tübingen nicht zu leisten. In der Folge aber bleibt trotz aller äußerlichen Aktivität der Lernerfolg aus. Es ist schon bezeichnend, dass der damalige Minister Stoch, SPD, bei der Vorstellung der Studienergebnisse vollmundig verkündete, dass die Gemeinschaftsschule den Vergleich mit anderen Schulformen nicht zu scheuen bräuchte und auf einem guten Weg sei, aber gleichzeitig eingestehen musste, dass bei der Studie Lernleistungen explizit nicht erhoben worden seien *(Pressemitteilung Nr. 04/2016) (Siehe auch: https://www.spd-bw.de/meldungen/wissenschaft-gemeinschaftsschulen-muessen-vergleich-mit-anderen-schularten-nicht-scheuen/)*. Das allerdings sieht dann doch danach aus, als würde man den Vergleich scheuen.

Die Apologeten der neuen Lernkultur gleichen auf tragikomische Weise einfältigen Schildbürgern, die das Rad neu erfinden wollen und als Ausgangsform den Würfel wählen. Den Mangel an Rolleigenschaften gleichen sie durch hochwertiges Material aus: Der Würfel ist aus Gold. Zwar funktioniert nichts, aber man ist auf ‚einem guten Weg', und man muss den Vergleich mit anderen Fahrzeugen nicht scheuen, irgendwann werden sich die Unwuchten schon abschleifen. Das Ergebnis ist: Oh Wunder! Das Rad!

Mit anderen Worten: Unter einem gewaltigen Aufwand von Ressourcen wird wider besseres Wissen Dysfunktionalität zu Lasten einer Generation von Schülern und Lehrern produziert – mit dem absehbaren Ende, dass man, wie bei allen Reformen der letzten Jahrzehnte (zum Beispiel Schulzeitverkürzung G8), am Ende kleinlaut eingestehen muss, gescheitert zu sein. Die wesentlichen Einsichten über gute Pädagogik sind bereits vor 2500 Jahren bei Platon formuliert worden. Das 18. Jahrhundert hat konkretisiert und präzisiert. Niemand braucht eine Neue Lernkultur. Hilfreich wäre allerdings, wenn man die Schulen von Reformen verschonen würde, damit sie endlich ihre eigentliche pädagogische Arbeit tun könnten.[2]

Digitalisierung: Wie wäre es, wenn wir diese Reform auslassen?

Die Digitalisierung von Bildung fügt sich nahtlos in die Reihe ideologiegetriebener Reformen, die ihre Ziele verfehlen und Schule weiter zerstören werden.[3] Mit dem gleichen Alternativlosigkeitsnarrativ wie einst die Globalisierung wird medial die Notwendigkeit einer Digitalisierung der Bildung beschworen. Stichwortgeber sind die Branchenverbände wie Bitkom oder einflussreiche Player wie das SAP-nahe Hasso-Plattner-Institut oder die Telekom AG. Natürlich darf auch der Medienkonzern Bertelsmann nicht fehlen. Zutreffend ist, dass mit der Digitalisierung erhebliche Veränderungen von Demokratie, Kultur und Ökonomie einhergehen. In einem demokratischen Gemeinwesen allerdings sollte man erwarten, dass diese Prozesse nicht einfach in reaktiven Anpassungsleistungen exekutiert, sondern in einem kontroversen Diskurs abgewogen und im Sinne des Gemeinwohls gestaltet werden. Der Schule könnte hier eine wesentliche Rolle zukommen: Bildung am Gegenstand des Digitalen könnte

ein Element allgemeiner Menschenbildung sein und zugleich ein selbstbestimmtes und sozial verantwortliches Leben ermöglichen. Dazu wäre es erforderlich, das private Nutzungsverhalten medienethisch zu begleiten, vom Konsum digitaler Inhalte zur Produktion von Kulturgütern mittels digitaler Werkzeuge vorzudringen, die Hintergründe von Kybernetik, Big Data, Kryptographie, Totalüberwachung usf. intellektuell und wertorientiert auszuleuchten. Nicht erforderlich sind die massenhafte Anschaffung von Geräten, die Schwächung der Lehrer zugunsten von Lernsoftware oder gar Robotern, die pauschale Infragestellung von Inhalten und Methoden, das Ausspionieren des digitalen Lernverhaltens von Schülern (‚learning analytics') oder die personenscharfe Kontrolle des pädagogischen Personals (Bildungscontrolling). Unglücklicherweise scheint die Politik ausgerechnet das Unnötige voranzutreiben.

Dabei sollte eines klar sein: Die beste Vorbereitung auf die digitalisierte Gesellschaft besteht in der traditionellen Allgemeinbildung.

Die Tabelle *(s. Seite 12)* verdeutlicht, dass der Erwerb von Kulturtechniken sowie Fragen der Menschwerdung und der verantwortlichen Lebensführung die Grundlage auch für das digitale Zeitalter bilden. In diesen Feldern besteht kein Anlass für Veränderungen. Zwar wandelt sich das Medium, aber die Fertigkeit des Lesens gilt unabhängig davon, ob ein Papyrus oder der Bildschirm als Träger der Schrift fungiert. Relativ rasch wandeln sich die konkreten Anwendungskompetenzen im Zuge der Produktzyklen oder des technischen Fortschritts. Dafür aber sind diese auch vergleichsweise schnell zu erwerben. Der mittelalterliche Mönch würde kaum fünf Minuten brauchen, um zu lernen, wie man einen eReader nutzt. Sichere Rechtschreibung und Lesen dagegen müssen über Jahre erworben werden. Digitale Geräte sind in diesem Kontext nicht erforderlich und mitunter sogar hinderlich: »Laptops, iPads und E-Books, die im Klassenzimmer für schulische Zwecke genutzt werden, beeinträchtigen das Lernen der Schüler negativ. Das zeigt eine aktuelle Studie der Consulting-Firma McKinsey.«[4] Das Zitat wurde aus einer Vielzahl von kritischen Publikationen und Äußerungen ausgewählt, gerade weil es nicht aus dem Elfenbeinturm nostalgischer Humboldtianer stammt, sondern aus einer IT-Zeitschrift, die eine Studie einer Unternehmensberatungsfirma vorstellt.

Es besteht also kein Anlass zu grundsätzlichen Änderungen, die Schule könnte gelassen sein und auf ihre

Tabelle

Dimensionen	Beispiele	Historische Relevanz	Erwerb
I. Pragmatische Kompetenzen und funktionales Wissen	Textverarbeitung, Präsentationssoftware, Tabellenkalkulation	kurzfristig: in Abhängigkeit vom zivilisatorischen Fortschritt	leichte und schnelle Vermittlung auf Grundlage von II.
II. Kognitive und praktische Konzepte	Lesen, Schreiben, Rechnen, Beurteilen, Imaginieren	langfristig: in Abhängigkeit von kulturellen Paradigmen	Übung und Unterricht über viele Jahre im Horizont von III.
III. Allgemeine Menschenbildung	Sinnstiftung, Weisheit, Verantwortung, Glück	überzeitlich: in Abhängigkeit von der conditio humana	Lebensaufgabe

überzeugenden Leistungen verweisen: Sozialer Zusammenhalt, Wirtschaftskraft, Demokratie, Kultur und individuelle Persönlichkeitsbildung haben über Jahrzehnte einen harmonischen Gleichklang ausgemacht. Sicher wurde man den damit verbundenen Ansprüchen nicht immer gerecht, aber das ist ein Einwand gegen die jeweilige Zeit, nicht gegen die Ansprüche von Aufklärung und Humanität. Unter den Bedingungen des globalen Überwachungskapitalismus allerdings erscheinen diese Werte als Standortnachteile, die im Rahmen einer digitalen Re-Education überwunden werden sollen. Aber es ist nicht die verfassungsmäßige Aufgabe der Schule, Insassen für die Industrie 4.0 abzurichten. Es steht mehr auf dem Spiel. In China etwa wird bereits ein totalitäres Social-Credit-System etabliert,[5] das mit den Mitteln eines digitalen Panoptismus, also einer lückenlosen Überwachung, die Menschen bis in die intimsten Bereiche der Lebensführung steuern möchte. Algorithmen werten die erfassten Lebensregungen aus. Geht jemand trotz der roten Ampel über die Straße? Besucht er regelmäßig seine alten Eltern? Lässt er Müll vor der Haustür liegen, spielt zu lang Computerspiele, konsumiert pornographische Inhalte oder liest gar systemkritische Internetseiten? Dann wertet Big Data ihn ab. Statt AAA ist er dann ein Mensch der Klasse D und wird zur Strafe von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen. Schöne neue Welt. Deutschland ist zum Glück nicht China, wo soziale Kontrolle eine lange Tradition hat, aber die Infrastruktur für ein solches Regime entsteht auch hier. Andreas Bernhard von der Leuphana-Universität weist darauf hin, dass Profiling und Ortung ursprünglich Verfahren der polizeilichen Ermittlungsarbeit sind, die im Zuge der Digitalisierung nun auf jedermann angewandt werden: »Wir leben selbstverständlich nicht in einem Polizeistaat, aber wir sind auf eine Weise erfasst, wie es kein Polizeistaat besser könnte, aber wir arbeiten an dieser Erfassung freiwillig mit.«[6]

Vor diesem Hintergrund klingen die pädagogischen Versprechungen der Digitalisierer durchaus bedrohlich:

»Knewton durchleuchtet jeden, der das Lernprogramm nutzt. Die Software beobachtet und speichert minutiös, was, wie und in welchem Tempo ein Schüler lernt. Jede Reaktion des Nutzers, jeder Mausklick und jeder Tastenanschlag, jede richtige und jede falsche Antwort, jeder Seitenaufruf und jeder Abbruch wird erfasst. ‚Jeden Tag sammeln wir tausende von Datenpunkten von jedem Schüler', sagt Ferreira stolz. Diese Daten werden analysiert und zur Optimierung der persönlichen Lernwege genutzt. Komplexe Algorithmen schnüren individuelle Lernpakete für jeden einzelnen Schüler, deren Inhalt und Tempo sich fortlaufend anpassen, bei Bedarf im Minutentakt. [...] Schon heute berechnet Knewton zuverlässig die Wahrscheinlichkeit richtiger und falscher Antworten sowie die Note, die ein Schüler am Ende eines Kurses erreichen wird. Eines Tages braucht es wohl keine Prüfungen mehr; der Computer weiß bereits, welches Ergebnis herauskommen wird.«[7]

Es sollte schon eine Frage der pädagogischen Fürsorgepflicht sein, die anvertrauten Schüler vor diesen Schattenseiten der Digitalisierung von Bildung zu schützen.

Zwischen Euphorie und Maschinensturm braucht es deshalb in diesen Tagen wie zu jeder Zeit vor allem Augenmaß und pädagogische Urteilskraft. Wenn dann noch Haltung und Mut dazu kommen, ist der Lehrer das Vorbild für den aufgeklärten Menschen.

1 Kant, I.: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Werke. Band 9, S. 53.
2 Eine ausführliche Widerlegung der neuen Lernkultur: Burchardt, Matthias (2016): Selbstgesteuertes Lernen – Roboter im Klassenzimmer. In: Die pädagogische Mitte. Plädoyers für Vernunft und Augenmaß in der Bildung. Hrsg. von Klaus Zierer, Joachim Kahlert und Matthias Burchardt. Bad Heilbrunn, S. 121-134.
3 Weiterführende Literatur: Burchardt, Matthias (2017): Wir sind die Roboter. In: Bildung im Widerstand. Hrsg. von Matthias Burchardt und Rita Molzberger. Würzburg, S. 147-170.
4 https://computerwelt.at/news/schul-laptops-und-tablets-mindern-den-lerneffekt/ (Letzter Aufruf 13. Februar 2018).
5 https://www.swr.de/-/id=20878288/property=download/nid=660374/2wyh83/swr2-wissen-20180212.pdf (Letzter Aufruf 13. Februar 2018).
6 Bernhard, Andreas (2018): Täterprofile. Das Selbst in den sozialen Medien. Gespräch mit Ralf Caspary. SWR 2. 7. Januar 2018. https://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/kriminologie-soziale- medien/-/id=660374/did=20674080/nid=660374/19nlcxd/index.html (Letzter Aufruf 13. Februar 2018).
7 Dräger, Jörg/Müller-Eiselt, Ralf (2015): Digitale Revolution. München, S.24f.

Grußwort von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig

Sehr geehrte Frau Schwartz,
sehr geehrter Herr Meidinger,
sehr geehrter Herr Linnertz,
sehr geehrte Frau Fischer,
sehr geehrte Ehrenvorsitzende des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz,
sehr geehrter Herr Zeimentz,
sehr geehrter Herr Kettner,
sehr geehrte Vertreterinnen, Vertreter und Mitglieder des Verbandes,
liebe Schülerinnen und Schüler der Big Band des Gymnasiums Nieder-Olm,
verehrte Anwesende,

herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrer Vertreterversammlung und die Möglichkeit, hier ein Grußwort sprechen zu dürfen. Zunächst einmal gestatten Sie mir, Ihnen, liebe Frau Schwartz, zur Wiederwahl als Landesvorsitzende des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz mit – wie ich höre – überwältigendem Ergebnis zu gratulieren!

Mit dem Thema der heutigen Vertreterversammlung verknüpfen Sie wie schon in den vergangenen Jahren die humanistische Tradition unserer Gymnasien mit den aktuellen Zukunftsthemen der Bildung.

Die Perspektive, die Sie dadurch eröffnen, ist eine sehr wichtige. Denn wir brauchen starke Schulen – und damit natürlich starke Gymnasien –, weil wir eine Schulstruktur brauchen, in der jede Schülerin und jeder Schüler gemäß ihrer bzw. seiner Fähigkeiten, Talente und Ziele optimal gefördert wird. Ich bin davon überzeugt, dass Rheinland-Pfalz diese Schulstruktur bietet. Die Abschaffung eines Teils dieser Struktur oder eines Schulabschlusses – der Berufsreife nämlich – die kürzlich ein Verband angeregt hat, halte ich dagegen nicht für sinnvoll.

Der richtige Weg ist aus meiner Sicht, dass wir darüber reden, wie wir die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam so angehen, dass wir alle unsere Schulen und alle unsere Schularten stärken. Jedes Kind in Rheinland-Pfalz muss den höchsten Abschluss erreichen können, der seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten entspricht. Und das auf eine Weise, bei der Durchlässigkeit, Aufstiegsorientierung und Leistungsstärke in unserem Bildungssystem Hand in Hand gehen. Die Gymnasien spielen dabei eine bedeutende Rolle. Und deswegen freue ich mich über das Motto der heutigen Vertreterversammlung.

Aber erlauben Sie mir, bevor ich selbst ein paar Worte zur Frage der Lernbeziehung im Zeitalter des digitalen Wandels sage, erst noch auf einige Punkte einzugehen, die mir mit Blick auf die Zukunft und die Gymnasien wichtig sind. Denn auch das ist, glaube ich, eine Botschaft, die wichtig ist: Wir dürfen neben der Frage, wie Bildung im Zeitalter digitaler Medien aussehen soll, andere Themen nicht vergessen.

Unterrichtsversorgung

Eines dieser Themen, eine der Bedingungen für gute Bildung, ist die Unterrichtsversorgung. Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz investiert jedes Jahr 4,5 Milliarden Euro in Bildung – das sind 25 Prozent des gesamten Landeshaushaltes – 2,1 Milliarden davon gehen in die Unterrichtsversorgung. Das ist eine enorme Summe, zu der die Mittel für PES noch hinzukommen. Sie sehen daran, welche Bedeutung die Bildung, die Unterrichtsversorgung und die Lehrkräfteversorgung haben. Und, meine

Damen und Herren, dass wir dabei – auch wenn natürlich noch nicht alles perfekt ist – durchaus erfolgreicher sind als andere Länder, sehen Sie daran, dass wir nicht, wie andere Länder, in erheblichem Maße auf Seiten- und Quereinstiege, also auf »Pädagogen-Produktion im Schnellverfahren« – wie Herr Meidinger es nennt – angewiesen sind. Das Land stellt kontinuierlich ein und deshalb haben wir eines der jüngsten Lehrerkollegien der Republik. Bei der Unterrichtsversorgung hatten wir im vergangenen Schuljahr mit 98,6 Prozent an den Gymnasien den zweithöchsten Wert seit 1993. Sie wissen, dass diese Soll-Ist-Differenz nicht zwangsläufig den Ausfall von Pflichtunterricht bedeutet.

Wir bilden – anders als zum Beispiel Hessen – in der Unterrichtsversorgung viel mehr ab als die Stunden, die wir für die Stundentafel brauchen: nämlich auch Stunden für Differenzierung und Zusatzangebote. Deshalb gilt: Es gibt Gymnasien, bei denen mit einer Soll-Ist-Differenz von bis zu zwei Prozent keine Pflichtstunde ausfallen muss.

Und auch temporärer und struktureller Unterrichtsausfall lassen sich nicht einfach addieren. Die Addition von Prozentsätzen ergibt nur Sinn, wenn sie sich auf dieselbe Grundgesamtheit beziehen. Das ist hier aber nicht der Fall. Was wir statistisch gesichert sagen können, ist das, was wir beim Blick in die PES-Statistik sehen: dass nämlich auch der temporäre Unterrichtsausfall an Gymnasien im Vergleich zu vor fünf Jahren (um 0,4 Prozent) zurückgegangen ist.

Das bedeutet nicht, dass wir nicht noch besser werden können und müssen, und deswegen haben wir uns ja die 100 Prozent als Ziel im Koalitionsvertrag vorgenommen. Aber es bedeutet, dass uns ein pauschaler Blick hier nicht hilft, sondern dass wir sehr genau auf den Pflichtunterricht und dessen Planung schauen müssen. Und das tun wir – zusammen mit der ADD – seit diesem Schuljahr auch noch stärker. Ich bin überzeugt davon, dass das der richtige Weg zu weiteren Verbesserungen ist.

IQB-Studie

Meine Damen und Herren, der gesellschaftliche Wunsch nach Vergleichbarkeit hat uns in den vergangenen Wochen auch im Landtag beschäftigt, als wir über die Ergebnisse der IQB-Studie zu den Kenntnissen von Grundschülerinnen und -schülern debattiert haben. Und ich weiß, dass diese Studie auch Sie ebenfalls beschäftigt hat. Ich will deshalb an dieser Stelle sagen: Es ist ganz klar, dass wir mit den Ergebnissen nicht zufrieden sein können. Wir werden deshalb am 20. November mit allen Beteiligten ein erstes Fachgespräch zur IQB-Studie führen, und wir prüfen die Ergebnisse der Studie sehr genau. Wir werden uns Gedanken machen müssen, auch über Qualitätsentwicklung und mehr Verbindlichkeit, etwa in Form eines Grundwortschatzes, den es zu erreichen gilt. Denn eines ist klar: Wir müssen und wollen besser werden, damit die Kinder nach der 4. Klasse mindestens gut schreiben, lesen und rechnen können.

Eines ist aber auch klar: Die pädagogische Freiheit unserer Lehrerinnen und Lehrer ist uns in allen Schularten ein hohes Gut. Wir dürfen großes Zutrauen in die Fähigkeiten unserer Lehrkräfte haben. Und deswegen halte ich weder etwas von pädagogischen Schnellschüssen noch vom Verbot von Lernmethoden oder von Methodenmonotonie. Mir ist die fachliche Diskussion mit Ihnen wichtig, und aus diesem Grund setzen wir bei dem Gespräch am kommenden Montag natürlich auch auf die Perspektive des Philologenverbandes.

Geflüchtete

Meine Damen und Herren, ein Thema möchte ich noch ansprechen. Es ist ein Thema, das auch zur individuellen Förderung gehört, die ja heute eines der zentralen Themen ist – und es auch im Vortrag von Herrn Dr. Burchardt war. Es geht bei individueller Förderung ja darum, dass Schülerinnen und Schüler ihr Potenzial entfalten können, und das heißt auch, dass sie ihre Leistungsstärke zeigen können müssen. Und das gilt selbstverständlich auch für geflüchtete Jugendliche. Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, allen Lehrerinnen und Lehrern zu danken, die sich an den Gymnasien für die Bildung von geflüchteten Jugendlichen einsetzen. Dass die Jugendlichen auf dem Gymnasium eine Chance erhalten, wenn sie entsprechende Leistungen erbringen, ist entscheidend für soziale Gerechtigkeit und für uns als Gesellschaft. Deshalb ist Integration eine Aufgabe für alle Schularten, auch für unsere Gymnasien. Gleiches gilt übrigens auch für Inklusion, die wir verantwortlich und mit Augenmaß – auch an Gymnasien – durchführen wollen. Der umfassenden Information der Eltern kommt dabei eine große Bedeutung zu. Unangetastet bleibt das Recht der Eltern, die richtige Schule bzw. das richtige schulische Angebot für ihr Kind zu wählen – an Förderschulen oder in inklusiven Angeboten allgemeinbildender Schulen. Meine Damen und Herren, das war nur eine kleine Auswahl der Zukunftsthemen, die uns gemeinsam neben der Frage der Digitalisierung und der Frage, wie sie Lernen und die Lernbeziehung verändert, noch beschäftigen.

Lernbeziehung und digitale Bildung

Ich möchte es bei dieser Auswahl bewenden lassen, denn ich möchte natürlich zur Lernbeziehung im 21.

Jahrhundert, wie sie Herr Dr. Burchardt in seinem Vortrag behandelt hat, noch einige Worte sagen. Ich möchte aber auch vor der Übertreibung warnen, wenn wir über die Bildung im Zeitalter der Digitalisierung sprechen. Und damit meine ich die Verklärung ebenso wie die Verteufelung. Niemand kann heute vorhersagen, was in zehn Jahren sein wird und wie das, was wir mit dem Begriff »digitale Welt« meinen, aussehen wird, wie also die digitale Technik unsere analoge Welt verändern wird. Deswegen kann es heute nur darum gehen, dem digitalen Wandel mit einer kritischen Offenheit zu begegnen, nicht zu pauschalisieren, sondern das Digitale, die Technik, zu nutzen, wo sie den pädagogischen Auftrag unterstützen kann. Und das dort nicht zu tun, wo sie ihm hinderlich wäre. Digitale Medien sind keine mystische Kraft in der Bildung. Sie sind eine neue Werkzeugkiste, aus der sich unsere Lehrkräfte bedienen können und aus der sich auch die Schülerinnen und Schüler in ihrem täglichen Leben bedienen und die das Leben und die Arbeitswelt in starkem Maße verändern. Mir ist dabei wichtig zu betonen, dass wir Bildung im digitalen Wandel nicht neu erfinden müssen. Denn die Bildung steht an unseren Gymnasien – wie an all unseren Schularten – auf einem sehr guten Fundament. An diesem Fundament ist – auch im digitalen Wandel – nicht zu rütteln. Und dazu gehört die zentrale Rolle der Lehrerin und des Lehrers. Ich glaube, dass in der Diskussion hier manchmal Dinge gegeneinander gestellt werden, die in Wirklichkeit zusammengehören, weil sie im Zusammenspiel zu diesem Fundament der Bildung gehören. Denn die Vermittlung von Wissen durch die Lehrkraft und der Erwerb von Kompetenzen durch die Schülerinnen und Schüler sind keine Gegensätze. Vielmehr gehören ganz unterschiedliche Methoden zu gutem Unterricht: das Lernen aus dem Lehrervortrag ebenso wie die Fähigkeit, sich Wissen selbst zu erarbeiten. Und es gehört das gemeinsame Entdecken und Erleben im Unterricht genauso dazu wie die individuelle Förderung.

Die Erkenntnis, dass »Lernen Beziehung ist«, ist vor diesem Hintergrund kein Widerspruch zur individuellen Förderung und auch nicht zur digitalen Bildung. Sie erinnert uns vielmehr daran, dass diese Dinge ineinander-

greifen und sich ergänzen müssen. Guter Unterricht braucht – wem sage ich das – auf der einen Seite die Lehrkraft, die Experte oder Expertin ist für ihr Fach und die für dieses Fach brennt. Er braucht aber auf der anderen Seite auch die Lehrkraft, die pädagogischer Experte oder Expertin ist, die über diagnostische Fähigkeiten und Mittel zur differenzierten Unterrichtsgestaltung verfügt. Denn natürlich basiert eine funktionierende Lernbeziehung immer auf beidem: Fachlichkeit und Pädagogik.

Dem tragen wir auch in der Lehrkräfteausbildung Rechnung. Nicht ohne Grund spielt neben der nach wie vor zentralen fachbezogenen Ausbildung die Ausbildung in Berufspraxis eine wesentliche Rolle. Sie hat gegenüber den fachdidaktischen Seminaren eine deutliche Ausweitung erfahren. In ihr geht es konsequenterweise um Fragen und Umsetzungsmöglichkeiten von Diagnose, Differenzierung, Umgang mit Heterogenität und Inklusion. Die individuelle Förderung und die Vermittlung von Kompetenzen und Wissen gegeneinanderzustellen, geht deshalb meines Erachtens von der falschen Prämisse aus. Beides gehört zusammen und bei beidem steht selbstverständlich die Lehrkraft im Zentrum von gutem Unterricht.

Daran ändert der digitale Wandel nichts. Im Gegenteil: Er macht uns das noch einmal besonders bewusst, wenn er die Lernbiografien der Schülerinnen und Schüler verändert, für die heute der Umgang mit Tablets, Erklärvideos und Lernsoftware schon zur Lebenswelt gehört, bevor sie überhaupt in die Schule kommen. Denn es wird doch deutlich, dass das allein für gute Bildung nicht reicht und gute Bildung nicht ausmachen kann.

Deshalb gilt für Schule in der heutigen Zeit wie zu allen Zeiten davor: Auf den Lehrer und auf die Lehrerin kommt es an. Denn auch wenn der Begriff »digital natives« anderes vermuten lässt, mit Medienkompetenz kommt niemand auf die Welt. Diese Grundfertigkeit des 21. Jahrhunderts muss gelernt und gestärkt werden. Medienbildung ist deshalb als vierte Säule neben die traditionellen Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen getreten.

Dabei geht es nicht darum, den gesellschaftlichen Wandel in der Schule zu imitieren oder die Digitalisierung zu verklären und zum Selbstzweck zu machen. Und es geht vor allem nicht darum, dass das Tablet die Lehrkraft ersetzt. Es geht darum, pädagogisch sinnvolle Antworten zu finden und die Digitalisierung dort zu nutzen, wo sie uns unserem Ziel, der besten Bildung für alle Schülerinnen und Schüler, näherbringen kann. Es geht also um Chancen, es geht aber vor allem auch um kritische Nutzung. Dafür brauchen wir »Bildung in der digitalen Welt«. Und deswegen haben sich alle Bundesländer zu dieser Bildung in der digitalen Welt verpflichtet in einer gemeinsamen KMK-Strategie desselben Titels.

Ich weiß bei diesem Ziel auch Herrn Dr. Burchardt an unserer Seite, der der Bildungspolitik diese Aufgabe mit folgenden Worten mit auf den Weg gibt: »Ein bewusster, verantwortungsvoller und souveräner Umgang mit Medien ist ein unbestrittenes Ziel von Erziehung und Bildung. [...] Die Befähigung zu einer mündigen Mediennutzung sollte deshalb als Ziel schulischer und familiärer Bildung verfolgt werden.« Genau um diese Befähigungsarbeit geht es uns. Und deshalb haben wir seit zehn Jahren auch das Landesprogramm »Medienkompetenz macht Schule«, bei dem von Anfang an die Lehrkräfte und nicht die Technik im Zentrum standen.

Eines der ersten Ziele dieses Programms war es, 10.000 Lehrkräfte fortzubilden. Dieses Ziel haben wir weit übertroffen. 75 000 mal haben Lehrerinnen und Lehrer bis heute an Fortbildungen aus dem Themenfeld Medienbildung teilgenommen. Und diese Lehrkräfte brauchen wir. Lehrkräfte, die nach fachlichen und pädagogischen Kriterien digitale Unterrichtsmaterialien aussuchen, prüfen und sie im Unterricht zielführend einsetzen.

So sehr digitale Medien Potenzial zur Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen und auch zur individuellen Förderung bereithalten – davon bin ich überzeugt –, so sehr ist es unsere Aufgabe, Lehrkräfte sowohl in ihrer Aus- als auch in ihrer Fort- und Weiterbildung gezielt und wirkungsvoll zu begleiten und zu unterstützen. Ich bin sehr froh, dass eine hochrangig besetzte Kommission aus Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulen, Schulen, Studienseminare, des Pädagogischen Landesinstituts, des Bildungsministeriums und des Wissenschaftsministeriums sich hier der wichtigen Aufgabe der Weiterentwicklung gestellt hat. Zu Beginn dieses Schuljahres hat sie konkrete Empfehlungen und Vorschläge zur Umsetzung der KMK-Strategie in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften erarbeitet. Auf diese Empfehlungen werden wir nun in der weiteren Arbeit aufbauen.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch viel mehr zu sagen über das, was kommt und was schon ist, über den digitalen Wandel und auch darüber, wie er die Lernbeziehung verändert. Ich möchte es bei dem Gesagten bewenden lassen, Ihnen aber, bevor ich Ihnen eine gute Vertreterversammlung wünsche, noch ganz herzlich für Ihr Engagement danken: in Ihrer täglichen Arbeit mit all ihren Facetten und all ihren herausfordernden, aber gewiss auch schönen Seiten – im Unterricht und außerhalb des Unterrichts. Und ganz herzlichen Dank auch dafür, dass Sie heute hier sind, als Vertreterinnen und Vertreter Ihrer Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank.

Passt das humboldtsche Gymnasium noch in unsere heutige Zeit?

Heinz-Peter Meidinger,
Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes

Es gibt nicht wenige Leute heute, darunter auch Politiker, Hochschulprofessoren, Wirtschaftsvertreter, aber auch manche Lehrkräfte und Eltern, die sagen: Das frühere Gymnasium hatte vielleicht einen guten pädagogischen Grundsatz, aber wir zweifeln, ob er noch in unsere Zeit passt, denn heute sind wir von viel mehr und ganz anderen Informationen und Einflüssen umgeben als die Menschen vor 200 Jahren. Unser Bildungsbegriff heute, wenn es so etwas überhaupt noch gibt, ist eher praktisch orientiert. Viele fragen nur noch, für welche Zwecke man das Wissen und Können benutzen kann. Manche glauben, wenn man den Schülern nicht konkret sagen könne, wofür sie das Wissen brauchen, wollen und werden sie nicht lernen. Die Debatte kulminierte ja vor mehr als einem Jahr, als eine Kölner Abiturientin beklagte, dass sie zwar ein Gedicht in vier Sprachen analysieren könne, aber nicht in der Lage sei, einen Mietvertrag abzuschließen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Humboldt – und das ist nach wie vor gültig – folgte bewusst dem Grundsatz: Das Lebenspraktische lernt man im Leben ohnehin – bei den Eltern, auf Reisen – ja und auch nebenbei in der Schule. Aber das, was man im Gymnasium lernt, kann man nirgendwo sonst lernen. Das Gymnasium lehrt gerade das, was man sonst im Leben nicht lernen könnte. Und dieses ist vielleicht das Wichtigste.

Das ist die vielleicht wichtigste Erkenntnis von Humboldt: Was uns das Leben lehrt, ist oftmals gut und wichtig, aber es ist nicht die Bildung, von der wir geistig zehren können. Gute, gute gymnasiale Bildung versetzt im Idealfall unsere jungen Menschen in die Lage, sich nicht permanent vom Druck des Gegenwärtigen gefangen nehmen zu lassen, sondern eine innere Freiheit zu gewinnen, einen Blick auf das große Ganze, das es ihnen erlaubt, in der gegenwärtigen Welt das Richtige zu tun, die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Es geht nach Humboldts Verständnis bei der Bildung immer um Ideale, um das Ziel und die Mitwirkung an einer besseren Welt.

Orientierungslosigkeit

Angesichts einer Welt, die offensichtlich gekennzeichnet ist von Fliehkräften, von einer großen Orientierungslosigkeit, von einer geistigen Verwirrung inmitten von Populismus, einem zunehmenden gesellschaftlichen Egoismus und einer Fixierung auf Materielles, ist ein solcher idealistisch ausgerichteter Bildungsbegriff, wie ihn Humboldt für das Gymnasium ausgearbeitet hat, gültiger denn je.

Im Gegensatz dazu wirken viele heutige Schul- und Bildungsdebatten seltsam eindimensional und hohl, etwa dann, wenn Digitalisierungsstrategien im Schulbereich sich vordergründig an der Anzahl der Computer und auf bloß technische Aspekte konzentrieren, sich angestrebte und ministeriell verordnete Kompetenzorientierung letztendlich im vordergründigen Handlungs- und Praxisbezug erschöpft, wenn man merkt, dass hinter der Debatte um Ganztagsschulen der Verwahrungs- und Betreuungsaspekt viel wichtiger ist als der Mehrwert für schulisches Lernen oder wenn sich Bildungsdiskussionen darin erschöpfen, den Auf- oder Abstieg in fragwürdigen Rankinglisten zu kommentieren.

Selbstbildung und Interaktion

Ich plädiere nicht für eine Bildung ohne Praxis- und Handlungsbezug. Im eigentlichen Kern ist nach meinem und Humboldts Verständnis gymnasiale Bildung aber Selbstbildung, denn sie bildet und erzieht eine Person, die sie erfährt und betreibt. Bildung kann nicht verordnet oder eingetrichtert werden, sie ist ein lebendiger Interaktionsprozess zwischen Lehrendem und Lernendem, und er funktioniert nur, wenn beide Seiten ihren Beitrag leisten. Es geht nicht ohne hochmotivierte Lehrkräfte, die begeistern und motivieren können, – und es geht auch nicht ohne Lernende, die bereit sind zur Bildungsanstrengung.

Gymnasiale Bildung folgt einem Ideal, es geht darum, an sich selbst und in Gemeinschaft ein Erkennen und ein Können zu erleben. Wir haben uns den pädagogischen Sinn von Können und Erkenntnis etwas vernebelt, indem wir soviel von Kompetenz sprechen. Erkenntnis und Können gewähren Freiheit, Freiheit der Urteilsfindung, Freiheit der Lebensführung, Freiheit, verantwortungsvoll an seiner persönlichen und der Zukunft der Gesellschaft mitzuwirken.

Das humboldtsche Gymnasium ist nicht untergegangen, seine Dynamik lebt weiter, seine idealistische Grundausrichtung zu bewahren oder wiederzugewinnen, ist notwendiger und wichtiger denn je.

Der neue Geschäftsführende Vorstand *(v.l.n.r.):* Ralf Hoffmann *(Bildung),* Kristina Friebis-Kau *(Junge Philologen),* Markus Perabo *(Schatzmeister),* Sigrid Janotta-Fischer *(stellvertretende Landesvorsitzende),* Cornelia Schwartz *(Landesvorsitzende),* Heike Mohr-Mumbauer *(Frauen und Gleichstellung),* Robert Tophofen *(stellvertretender Landesvorsitzender),* Wolfgang Arneth *(Recht),* Dr. Thomas Knoblauch *(Recht),* Jochen Ring *(Presse und Öffentlichkeitsarbeit)*

Vertreterversammlung

Wir machen uns stark für Ihre Gesundheit gesetzlich und privat

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Debeka BKK

56027 Koblenz
Telefon (02 61) 9 41 43-0
www.debeka-bkk.de

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Geschäftsstellen in Rheinland-Pfalz:

Bad Kreuznach	(06 71) 8 38 01-0	Neustadt	(06 32 1) 9 27 43-0
Hachenburg	(0 26 62) 9 48 64-0	Neuwied	(0 26 31) 87 09-0
Kaiserslautern	(06 31) 8 40 07-0	Pirmasens	(06 33 1) 6 08 65-0
Koblenz	(02 61) 91 17-0	Simmern	(06 76 1) 96 44 43-0
Landau	(06 34 1) 9 94 65-0	Speyer	(06 23 2) 1 00 29-0
Ludwigshafen	(06 21) 5 99 03-0	Trier	(06 51) 9 75 02-0
Mainz	(06 13 1) 2 70 76-0	Worms	(06 24 1) 3 07 76-0
Mayen	(0 26 51) 96 68-0		

www.debeka.de